

Nicht die LehrerInnen sind Schuld an PISA, sondern das Schulsystem muss auf den Prüfstand

Auf einer Klausurtagung am 2./3. Februar 2002 hat die Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein eine Analyse der Ergebnisse der PISA-Studie vorgenommen und Schwerpunkte herausgearbeitet, in welche Richtung die Bildungspolitik verändert werden muss. Die beiden Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben an, sich als Reaktion auf die PISA-Studie mit der Landesregierung in diesem Frühjahr auch über Sofortmaßnahmen für das Schuljahr 2002/2003 zu verständigen. Dazu hat die Landesarbeitsgemeinschaft erste Eckpunkte erarbeitet, die als Grundlage für die weitere Arbeit des Landesvorstandes und der Fraktion dienen sollen. Für den Landeshauptausschuss am 2. März 2002 wird ein ausführlicher Antrag erarbeitet werden.

Diese Eckpunkte stellten der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag **Karl-Martin Hentschel**, die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion **Angelika Birk** und **Florian Bernstorff**, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik, heute auf einer Pressekonferenz in Kiel vor:

1. Wir brauchen einen kulturellen Wandel in der Gesellschaft

Wir brauchen mehr als eine Veränderung der Schule. Wir brauchen eine neues Bewusstsein der gesamten Gesellschaft, dass Bildung und Erziehung der Kinder unsere Zukunft bestimmen - eine Kultur des Aufwachsens.

⇒ Der notwendige Wandel im Bildungssystem ist eine Aufgabe, die nicht alleine den LehrerInnen aufgebürdet werden kann. Die Verantwortung dafür muss die gesamte Gesellschaft übernehmen, sie kann nicht bei Eltern und LehrerInnen allein abgeladen werden.

⇒ Der notwendige Wandel erfordert auch die Bereitschaft der SteuerzahlerInnen, zusätzliche Mittel für diese Zukunftsaufgabe bereit zu stellen. Da diese von den Ländern und Kommunen allein nicht aufgebracht werden können, schlagen wir vor, diese über eine Kappung des Ehegattensplittings zu finanzieren.

2. Kindergarten und Sprachkompetenz

Viele Kinder in Deutschland haben eine zu geringe Sprachkompetenz. Insbesondere die mangelnde Förderung von Migrantenkindern ist ein Problem mit schwerwiegenden Langzeitfolgen. Diese Kinder auszubilden und in unser Berufsbildungssystem und danach in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird eine der entscheidenden Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft sein.

⇒ Deshalb wollen wir, dass bereits im Kindergarten der Bildungsauftrag stärker wahrgenommen wird. Insbesondere sollen alle Kinder, die eingeschult werden, die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Zusätzlich muss für die schwächeren SchülerInnen eine kostenlose, aber verpflichtende Sprachförderung mit einer Erfolgskontrolle angeboten werden.

⇒ Wir wollen die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule verbessern und fordern ein kostenloses Vorschuljahr für alle Kinder. Dieses soll entweder an den Kindertagesstätten oder im Rahmen einer mehrjährigen Eingangsstufe an den Grundschulen stattfinden. Schwerpunkt dieses Jahres soll die Förderung der Sprache, der sozialen Kompetenz und der motorischen Fähigkeiten sein. Die Mehrsprachigkeit soll früh gefördert werden.

⇒ Dazu muss ebenfalls die Weiterbildung der ErzieherInnen auf diese neue Anforderungen hin sicher gestellt werden und eine Anpassung der Ausbildung für die Zukunft erfolgen. PädagogInnen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt für diese Aufgaben gewonnen werden.

3. Ganztagschule und Betreuung

Deutschland ist eines der wenigen Länder, in denen die Schule meist mittags endet. Der Lernstoff wird komprimiert angeboten und muss nachmittags zu Hause geübt werden. Dadurch ist der Erfolg der Kinder vor allem vom Engagement und den Fähigkeiten der Eltern abhängig.

⇒ Wir wollen, dass die Schule sowohl Lern- als auch Lebensort ist. Deshalb wollen wir schrittweise und flächendeckend den Ganztagsbetrieb in den Schulen einführen. Mittagessen, Schularbeitenhilfe und Freizeitbetreuung sollen regulärer Teil des Schulbetriebs werden. Freizeitangebote wie Sport, Theater, Musik sowie ökologische, soziale und interkulturelle Projekte sollen in die Schule integriert werden.

⇒ Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode, wie bereits in den Koalitionsverhandlungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, die verlässliche Halbtagschule in allen

Grundschulen und ein Mittagessenangebot und Schularbeitenhilfe zumindest in den Schulzentren einführen.

⇒ Wir wollen die Schulen weiterentwickeln zu kulturellen Zentren im Stadtteil, an denen Freizeitangebote für Kinder, Weiterbildung wie z.B. wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten für Jugendliche und Erwachsene (VHS) und Ferienangebote für Kinder und Jugendliche zusammengeführt werden.

4. Vielfalt und Autonomie der Schulen mit weniger Staat und mehr Demokratie

Die schlechte Bilanz des deutschen Bildungssystems ist auch ein Scheitern des Zentralismus: Lehrpläne und Lerngeschwindigkeit werden zentral vorgeschrieben, die Mittel zentral verwaltet, die LehrerInnen zentral zugewiesen. Den SchulleiterInnen fehlen die ausreichenden Kompetenzbefugnisse, was eine verantwortliche Führung der Schule erschwert. Den Schulen fehlen die Freiheiten, um bei der Organisation und Gestaltung der Schule und des Unterrichts eigenverantwortlich und kreativ ihre Möglichkeiten und Potentiale zu entfalten.

⇒ Die Schulen sollen kommunal oder in freier Trägerschaft verwaltet werden. Sie erhalten Finanzmittel entsprechend der Kinderzahl, die nach Art und Profil der Schule und dem Profil der SchülerInnen differenziert werden können. Über diese Mittel soll die Schule selbst frei verfügen können.

⇒ Für die Leitung der Schule müssen Modelle entwickelt werden (Schulvorstand), die die LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen und die Träger angemessen berücksichtigen. Dadurch soll die Transparenz und die Mitbestimmung für alle garantiert werden. Eine Verzahnung mit der Jugendhilfe im Rahmen der Kommune wird angestrebt. Natürlich brauchen solche Schulen bzw. Schulzentren dann auch ein professionelles Management (Ziel sind hauptamtliche GeschäftsführerInnen).

⇒ Das Personalmanagement soll komplett einschließlich den Einstellungen, des Beurteilungs-, Gehalts- und Beförderungswesens, der Regelung der Arbeitszeiten und der Weiterbildung an die einzelnen Schulen oder Schulzentren abgegeben werden und die allgemeinen Konditionen durch Tarifverträge geregelt werden.

5. Wettbewerb der Schulen (PISA regional)

Es wird immer bemängelt, dass das jetzige Schulsystem an einem Mangel an Wettbewerb innerhalb der Schule und zwischen den Schulen leidet. Die schwedischen Erfahrungen mit regelmäßigen Leistungsvergleichen lassen erkennen, dass dieser zu einem verstärkten Engagement der Schulen führt.

⇒ Wir wollen den Wettbewerb der Schulen fördern durch regelmäßige Leistungsvergleiche der Schulen, nicht der einzelnen SchülerInnen (PISA-Regional). Dabei sollen die sozialen und regionalen Gegebenheiten, aber auch die leistungsmäßige Auswahl der SchülerInnen durch das Schulprofil angemessen berücksichtigt werden.

⇒ Unabhängig davon soll der Standard der Abschlussprüfungen überwacht werden, wie es heute schon geschieht. Eine Zentralprüfung mit einheitlichen Aufgaben lehnen wir dagegen ab.

6. Förderung und Differenzierung anstelle Selektion der SchülerInnen

Das deutsche Bildungssystem hat nicht nur versagt, weil die Bundesrepublik im unteren Drittel der getesteten Länder liegt. Genauso negativ ist zu bewerten, dass die Abhängigkeit des Schulerfolgs in Deutschland mehr vom Elternhaus abhängt als in jedem anderen getesteten Industrieland. Bemerkenswert ist auch, dass unser Schulsystem nicht nur sehr viele schwache SchülerInnen hervorbringt, sondern trotz des so hoch gelobten Gymnasiums auch weniger Spitztalente produziert. Auch das Gymnasium leistet also nicht das, was es verspricht.

Wir halten es aufgrund dieser Ergebnisse für erforderlich, dass erneut eine ergebnisoffene Diskussion über die Leistungsfähigkeit des viergliedrigen Schulsystems geführt wird. Tabus darf es nach diesen Ergebnissen nicht geben! Dazu gehört auch, die klassischen Instrumentarien wie „Sitzen bleiben“ und „Querversetzung nach Unten“ auf den Prüfstand zu stellen.

⇒ Wir sehen uns bestärkt in der Forderung, die sechsjährige Grundschule einzuführen. Dies erfordert allerdings, dass die innere Differenzierung und die gezielte Förderung der unterschiedlichen Begabungen verbessert werden.

7. Sofortmaßnahmen:

In den Grundschulen, aber auch in der Sekundarstufe soll eine individuelle Bestandsaufnahme der Lesefähigkeit der SchülerInnen erfolgen, aus denen die Schulen entsprechende Maßnahmen ableiten können. Dazu soll gezielt Weiterbildung im Rahmen der SCHILF-Tage (Schulinterne Lehrerfortbildung) erfolgen. Die entsprechende Diagnostik ist zu entwickeln und in die Lehramtsausbildung aufzunehmen.

Es soll keine Zurückstellung mehr geben. Statt dessen sollen die Kinder, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, und noch nicht schulreif sind, besonderen Förderunterricht in der Schule bekommen.

Ein Modellversuch „Kommunalisierung der Schule“ soll in Abstimmung mit kommunalen Trägern vorbereitet und initiiert werden.

Als Soforteinstieg fordern wir, mindestens 20 % der Personalmittel nach der Devise „Geld statt Stellen“ an die Schulen zu geben.

Kurzfristig sollen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um Lehrkräfte oder Lehrbeauftragte mit Migrationshintergrund für die Schulen zu gewinnen.
